



# Bundestags- brief

Nr.297 • Die Woche im Bundestag • 18.03.2022



**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222  
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## **Russland-Sanktionen nachschärfen, Kriegsflüchtlingen helfen.**

Der verbrecherische Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geht bald in die vierte Woche. Uns erreichen immer mehr schreckliche Bilder zerstörter Städte und Dörfer. Krankenhäuser werden beschossen, wir werden Zeugen russischer Kriegsverbrechen. Die weitere Eskalation durch Russland zwingt uns, die Sanktionen nachzuschärfen. Wir unterstützen die Europäische Union bei diesem Vorgehen.

Der Zustrom ukrainischer Kriegsflüchtlinge hält unvermindert an. Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland und in Europa. Manche Regionen - dazu gehören Berlin und gerade auch Reinickendorf - sind bereits an der Belastungsgrenze, andere haben noch Kapazitäten.

Wir werden die Bundesregierung vehement dazu drängen, endlich eine stringente Koordination mit Ländern und Kommunen herbeizuführen. Als nächstes müssen wir schnell geeigneten Schulunterricht für die Kinder und Unterstützung für die Erwachsenen bei ihrer Ankunft in Deutschland ermöglichen. Viele Bürgerinnen und Bürger zeigen hier unermüdlichen Einsatz – sei es privat oder im Ehrenamt. Dafür gilt ihnen unser herzlicher Dank.

Europa zeigt sich in diesen Tagen vereint in Humanität und Hilfsbereitschaft. Das ist der Gegenentwurf zu Putins verbrecherischem Regime.

## **Energiepreise: schnelle und spürbare Entlastung für Bürger und Unternehmen.**

Infolge des Krieges in der Ukraine sind die Energiepreise auf historische Höchststände gestiegen. Die Bundesregierung muss schnell für spürbare Entlastung bei Bürgerinnen und Bürgern sowie bei den Unternehmen sorgen.

Wir brauchen kein Bürokratiemonster wie das vom Finanzminister geplante Rabattsystem für Benzin. Stattdessen muss die Bundesregierung Energiesteuer und Umsatzsteuer zügig senken. So können wir beim Spritpreis bis zu 40 Cent einsparen. Das ist der effektivste Weg.

## **Coronapolitik der Bundesregierung bleibt konfus**

Seit Amtsantritt unterliegt die Bundesregierung in der Pandemiepolitik einer Fehleinschätzung nach der anderen: Uneinigkeit in den eigenen Reihen, die tatsächliche Lage der Pandemie wird verkannt.

Die Neuinfektionen erreichen einen neuen Höchststand, aber die Koalitionsfraktionen streiten intern weiter über sich widersprechende Gruppenanträge zur Impfpflicht. Bei den Lockerungen steht Ideologie über nüchterner Analyse. Die Impfkampagne wurde nicht intensiviert, sondern durch eine teure und uninspirierte Werbeaktion schlecht ersetzt.

Wir bleiben bei einer Politik mit Augenmaß. Unser Weg steht für Besonnenheit und wird der Lage gerecht: Vorsichtig bleiben, Vorsorge treffen und mehr Tempo beim Impfen.

Diesem Dreiklang folgt auch unser Gesetzentwurf für ein Impfvorsorgegesetz, das wir in dieser Woche in erster Lesung im Plenum des Deutschen Bundestages beraten haben.

Anders als die Koalitionsfraktionen flüchten wir uns nicht in Gruppenanträge, die kaschieren sollen, dass die Ampel keine einheitliche Position gefunden hat.

Die von uns entwickelte differenzierte Lösung bietet für unser Land die Möglichkeit, jetzt Vorsorge für weitere Pandemiewellen zu treffen und gleichzeitig flexibel auf weitere Entwicklungen reagieren zu können.

Unser Konzept beruht auf folgenden Erwägungen: Die Bundesregierung sollte schnellstmöglich mit dem Aufbau eines Impfreisters beginnen. Bereits der Ethikrat hat sich in seiner Stellungnahme für die Errichtung ausgesprochen, und Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen bestätigen uns, wie nützlich eine verbesserte Basis an Gesundheitsdaten für die Bekämpfung der Pandemie wäre.

Darüber hinaus muss die Impfkampagne verbessert werden. Denn das vergangene Jahr hat deutlich gezeigt: Nichts hilft uns allen so wirkungsvoll bei der Bekämpfung der Pandemie wie eine hohe Impfquote in der Bevölkerung. Die Bundesregierung muss neue Formate der Impfsprache flächig verfügbar machen, die Impfinfrastruktur stärken, insgesamt die Impfkampagne verbessern. Sie muss Milieus ansprechen, die bisher eine niedrige Impfquote aufweisen.

Schließlich fordern wir einen Impfmechanismus mit Aktivierungsmöglichkeit. Dieser kann bei Bedarf kurzfristig durch Bundestagsbeschluss mit Zustimmung des Bundesrates aktiviert werden. Der Deutsche Bundestag entscheidet über eine Aktivierung des Impfmechanismus, wenn die Situation es erfordert. Dieser Vorschlag schafft umsetzbaren und vor allem rechtssicheren Schutz für unser Land - insbesondere vor einer künftigen Virusvariante im kommenden Herbst. Unser Antrag richtet sich an alle, die eine sachorientierte Politik mit Augenmaß unterstützen.

### **Mahnmal für die Opfer des Kommunismus umsetzen**

Das „Mahnmal für die Opfer des Kommunismus“ ist eine langjährige Forderung der Verbände der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.

Wie die gesamte Union habe auch ich dieses Anliegen immer unterstützt und in meiner Amtszeit als Staatsministerin für Kultur und Medien vorangetrieben.

In der vergangenen Wahlperiode ist es uns dann gelungen, im Deutschen Bundestag einen „Errichtungsbeschluss“ für das Mahnmal zu verabschieden. Die gute Ausgangsposition für dieses so wichtige Projekt wird nun von der neuen Bundesregierung leider nicht genutzt.

Im Gegenteil: Das Mahnmal hat keine Erwähnung im Koalitionsvertrag gefunden, über das Verfahren und einen Zeitplan zur Klärung der Standortfrage schweigt sich die Ampel beredt aus.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung nun mit einem Antrag auf, bis zum 2. Quartal 2022 einen konkreten Vorschlag für einen Standort für das Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in der Mitte Berlins zu machen und eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben.

### **Die gute Nachricht zum Schluss: 2022 beginnt mit einer spürbaren Erholung am Arbeitsmarkt**

Im Januar 2022 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 45,0 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig.

Im Vergleich zum Vormonat stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Januar 2022 saisonbereinigt um 81 000 Personen (+ 0,2 Prozent), nachdem sie bereits in den Monaten März bis Dezember 2021 durchschnittlich um jeweils 57 000 Personen oder 0,1 Prozent zugenommen hatte.

Die Zahl der Erwerbstätigen liegt damit zwar weiterhin unter dem Vorkrisenniveau. Im Januar 2022 waren saisonbereinigt aber nur noch 0,2 Prozent oder 96 000 Personen weniger erwerbstätig als im Februar 2020, dem Monat vor Beginn der Corona-Krise in Deutschland.

Diese positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hält bereits seit dem Sommer 2021 an und hat sich nun auch im Januar 2022 fortgesetzt.

Diese gute Entwicklung am Arbeitsmarkt sollte uns allen Mut machen, dass wir im Jahr 2022 mit einer gemeinsamen Anstrengung die Belastungen und Einschränkungen der Corona-Epidemie langsam hinter uns lassen.

Eine notwendige Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Bundesregierung endlich auf die stark steigenden Energiepreise reagiert und im Umgang mit der Corona-Epidemie auf nüchterne Analyse statt ideologische Scheuklappen setzt.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden wir die Ampel daran messen, damit die gute Ausgangsposition, in der sich unser Land befindet, jetzt nicht verspielt wird.

*(Quelle: Destatis).*